

WAS FÜHRTE ZUM PKW-MAUT-DESASTER?

Verlorene Souveränität

Deutschland gab Schritt für Schritt viele Kompetenzen an die EU ab und verlor seine Souveränität. Österreich dagegen konnte bei der Einführung der Pkw-Maut die österreichischen Autohalter steuerlich entlasten.

Verlorener Mut

Der EuGH erlaubt die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland, jedoch nur, wenn sie auch deutsche Halter zusätzlich belastet. Dazu fehlte den Verantwortlichen der Mut – sie sind gescheitert!

Verlorenes Geld

Es droht Schadensersatz in Millionenhöhe zulasten des deutschen Steuerzahlers!

Verlorener Anstand

Es besteht „das Geschmäckle“ einer unredlichen Vorzugsbehandlung zugunsten eines Bieters im Ausschreibungsverfahren.

Verlorene Transparenz

Im Haushalt des Ministeriums wurden Belastungen möglicherweise in die Zukunft verschoben, ohne dies offenzulegen.

Verlorener Kopf

Politischer Druck führte wiederholt zu grob fehlerhaften Entscheidungen im Ministerium!

Schlussfolgerung

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert Konsequenzen für die Verantwortlichen und mehr Freiheit in einem Europa der Vaterländer!

DIE VERTRETER DER AFD-BUNDESTAGSFRAKTION IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS PKW-MAUT



Wolfgang Wiehle, MdB
Dipl.-Informatiker

Mitglied im Ausschuss für
Verkehr und digitale
Infrastruktur

Andreas Mrosek, MdB
(Stellvertretendes Mitglied)

Dipl.-Ing. für
Schiffsführung

Mitglied im Ausschuss für
Verkehr und digitale
Infrastruktur

Mitglied im Sportausschuss



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Untersuchungsausschuss Pkw-Maut
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag;
Hintergrundbild – Adobe Stock - © prettyboy80

Stand: November 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

PKW-MAUT

DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

MAUT



© Jürgen Fälschle / stock.adobe.com

Informationen der
AfD-Bundestagsfraktion

Aufklärung
Bewertungen
Schlussfolgerungen

CHRONOLOGIE DES SKANDALS

- 11/2013** Im Koalitionsvertrag vereinbaren Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel die Einführung einer Pkw-Maut.
- 07/2014** Verkehrsminister Alexander Dobrindt stellt das Konzept der Pkw-Maut vor.
- 12/2014** Die EU-Kommission mahnt, das Konzept der Pkw-Maut verstoße gegen EU-Recht.
- 12/2014** Die Bundesregierung beschließt den Gesetzentwurf zur Pkw-Maut.
- 07/2015** Das Gesetz zur Pkw-Maut, das sogenannte Infrastrukturabgabengesetz, tritt in Kraft.
- 09/2016** Die EU-Kommission verklagt die Bundesrepublik Deutschland.
- 12/2016** Die EU-Kommission und die Bundesrepublik Deutschland einigen sich.
- 03/2017** Das Infrastrukturabgabengesetz wird angepasst.
- 06/2017** Die Ausschreibung zur Pkw-Maut beginnt.
- 10/2017** Österreich verklagt Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH).
- 12/2018** Deutschland schließt den Vertrag mit dem Betreiberkonsortium Kapsch TrafficCom und CTS Eventim.
- 06/2019** Der EuGH urteilt, das Infrastrukturabgabengesetz verstoße gegen das europarechtliche Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit. Noch am selben Tag kündigt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur den Betreibern die Verträge zum 30. September 2019. Die Betreiber machen daraufhin Schadensersatz geltend.
- 12/2019** Der Untersuchungsausschuss „Pkw-Maut“ nimmt die Arbeit auf.

Die Pkw-Maut war von Beginn an ein Flop!

DAS VERGABEVERFAHREN

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) führte ein öffentliches Vergabeverfahren durch.

Während des laufenden Vergabeverfahrens wurde die Klage Österreichs gegen Deutschland vor dem EuGH anhängig und die Gefahr der Prozessniederlage stand im Raum.

Auch wegen des erhöhten Risikos stiegen drei Bieter aus dem Vergabeverfahren aus. Das BMVI verhandelte mit dem letzten verbliebenen Bieter weiter und änderte die Bedingungen der Ausschreibung, ohne die ausgestiegenen Bieter zu informieren.

Am 30. Dezember 2018 wurden die Verträge mit dem Betreiberkonsortium aus Kapsch TrafficCom und CTS Eventim notariell beurkundet.

PKW-MAUT UND EUROPARECHT

Nach dem Konzept der Bundesregierung zur Pkw-Maut – im Gesetz „Infrastrukturabgabe“ genannt – sollten Halter von in Deutschland zugelassenen Pkw bei der Kfz-Steuer mindestens in der Höhe der neuen Maut entlastet werden.

Die EU-Kommission wies nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs darauf hin, dass dies eine verbotene Diskriminierung ausländischer Fahrzeughalter sei. Zulässig wäre es hingegen, wenn wenigstens ein Teil der inländischen Halter zusätzlich belastet würde.

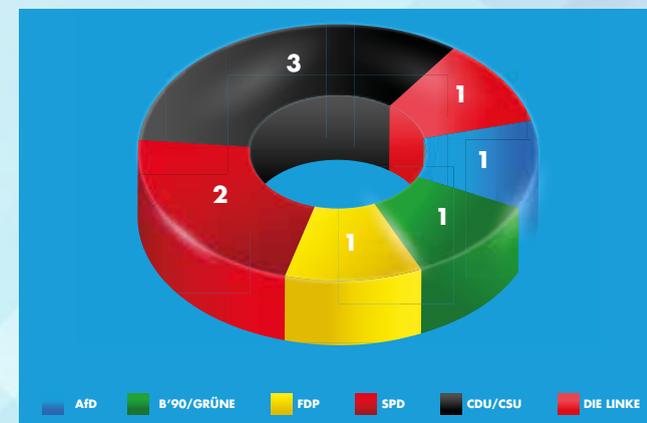


FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

DER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS PKW-MAUT

Der 2. Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode wurde am 28.11.2019 mit den Stimmen der Oppositionsfractionen der AfD, FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt. Der Ausschuss hat neun ordentliche und neun stellvertretende Mitglieder.

STIMMENVERTEILUNG



KERNFORDERUNG DER AfD-FRAKTION

Die Zeugen Dr. Peter Ramsauer und Horst Seehofer haben stark voneinander abweichende Angaben über die Rolle gemacht, die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Formulierung der Passage zur geplanten Pkw-Maut im Koalitionsvertrag von 2013 spielte. Hat die Bundeskanzlerin in der Erwartung des Scheiterns der Pkw-Maut dem Koalitionsvertrag zugestimmt, wie Peter Ramsauer sagt? Oder war sie fest davon überzeugt, dass die Pkw-Maut europarechtskonform ist, wie Horst Seehofer behauptet?

Nur eine ausführliche Befragung von Bundeskanzlerin Merkel kann hier Klarheit schaffen.